

**Antrag 4 zu 065/2019 HSK:**

**Beschlussvorschlag:**

Im HSK werden die Positionen im „Maßnahmekatalog 28 - 30 – Auslösung Schulschwimmen Oberschule“ gestrichen.

**Begründung:**

Deutschland war einmal eine Schwimmlation. Das Land bietet mit seinen Seen und Flüssen, mit der Ost- und der Nordsee, mit seinen Freibädern und Schwimmhallen hervorragende Möglichkeiten, sich im Wasser zu erholen und sportlich zu betätigen. Dazu muss man aber schwimmen können. Vor 25 Jahren konnten noch über 90 Prozent der Bevölkerung schwimmen – heute nicht einmal mehr die Hälfte. Das ist höchst alarmierend.

„Deutschland wird zum Nichtschwimmerland“ titelte „zeit-online“ am 9. Juni 2017. Laut einer Studie der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) können fast 60 Prozent der 10-jährigen Kinder nicht richtig schwimmen. In den letzten Jahren ertranken immer mehr Menschen, allein 2016 waren es 537. Weitere 1.200 konnten in letzter Minute gerettet werden. Das sind dramatische Entwicklungen, für die es Ursachen gibt, die die Politik förmlich zum Handeln zwingen.

Dabei ist das Thema nicht neu. In seiner Antwort auf meine Anfrage teilte Innen-Staatssekretär Günter Krings (CDU) am 18. März 2015 mit: „Auch die Bundesregierung nimmt die Untersuchungen zur schwindenden Schwimmkompetenz von Kindern mit Besorgnis zur Kenntnis.“ Weiter heißt es: „Für die Verbesserung der Schwimmkompetenz von Kindern und die Förderung des Schwimmunterrichts im Allgemeinen gibt es seitens der Bundesregierung keine Zuständigkeit.“ Die Besorgnis teile ich, nicht aber den Verweis auf die angebliche Nicht-Zuständigkeit. Schon gar nicht will ich die Untätigkeit der Bundesregierung in diesem Bereich hinnehmen. Deshalb schlug ich vor mehr als zwei Jahren eine Anhörung im Sportausschuss vor, um die Probleme ergebnisorientiert gemeinsam anzugehen. Diesen Vorschlag lehnten CDU/CSU und SPD nicht nur einmal ab.

Erst am 21. Juni, also kurz vor dem Ende der Wahlperiode, gab es nun endlich diese Debatte im Sportausschuss, allerdings unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Nach Auffassung der LINKEN sind das Problem und der Handlungsbedarf aber so gravierend, dass wir auch eine Aktuelle Stunde im Plenum des Bundestages durchgesetzt haben.

Fakt ist: In den 60er Jahren hatte fast jede größere westdeutsche Kommune ein eigenes Schwimmbad, auch durch staatliche Förderprogramme. Zuletzt waren aufgrund unzureichender Finanzausstattung immer weniger Städte in der Lage, ihre Bäder zu sanieren und zu betreiben. Viele wurden privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Jedes Jahr werden etwa 100 Bäder in Deutschland geschlossen. Andere Einrichtungen wurden privatisiert und zu Spaßbädern umgewandelt. Das hat auch Folgen für den Schwimmunterricht, der an vielen Schulen, vor allem im ländlichen Raum, gar nicht mehr angeboten werden kann, auch weil die Anfahrtswege für die Schüler immer länger und teurer werden.

Das Ganze offenbart auch eine soziale Schieflage, denn Einkommensschwächere und deren Kinder sind laut Statistik deutlich weniger schwimmfähig als der Landesdurchschnitt. Viele können sich die Eintrittsgelder für Schwimmhallen oder private Schwimmkurse schlichtweg nicht leisten. DIE LINKE hat deshalb eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, die von der Koalition bisher leider immer abgelehnt wurden. Dazu gehören neben der Wiederaufnahme des Goldenen Plans für Sportstätten und Schwimmhallen auch die Förderung des Schwimmunterrichtes an Schulen und die Stärkung des Vereinssports.

Zittau, 20.05.2019

Für die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Zittau

*Jens Hentschel-Thonig*

Jens Hentschel-Thornik